

Projektaufruf

1) Hintergrund und Ziele

Eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen in allen rheinland-pfälzischen Kommunen zu ermöglichen, wirkt sich auch positiv auf die Lebensqualität vor Ort aus und entspricht der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Beispielsweise gewinnt vor dem Hintergrund einer immer älter und immobiler werdenden Bevölkerung das Thema der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum stetig an Bedeutung. Kommunale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention können ein geeignetes Instrument sein, um mittelfristig Barrieren abzubauen und „Kommunen für alle“ aufzustellen.

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland einen eigenen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Damit die auf Landesebene gesteckten Ziele Realität werden, ist die Umsetzung auf kommunaler Ebene, in den Städten und Gemeinden, enorm wichtig und kommunale Aktionspläne können hierzu ein gutes Instrument sein. Einige Landkreise und Gemeinden haben bereits Aktionspläne erstellt oder sind dabei. Dennoch sind hier viele Lücken zu schließen – besonders auf Ebene der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden.

Aus diesem Grund möchte die Landesregierung Rheinland-Pfalz die Erstellung von kommunalen Aktionsplänen aktiv vorantreiben und fördert das Projekt „Unsere Kommune für alle, altersgerecht, barrierefrei und inklusiv - Kommunale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“. Im Rahmen dieses Projekts sollen fünf Verbandsgemeinden / verbandsfreie Gemeinden bei der Erarbeitung ihres kommunalen Aktionsplans durch ein hierin erfahrenes Expertenteam unterstützt werden.

2) Unterstützungsangebot

Die teilnehmenden Verbandsgemeinden/ verbandsfreien Gemeinden werden von geschulten Fachkräften intensiv unterstützt:

- Bei der Vorbereitung des Ratsbeschlusses zur Erstellung des kommunalen Aktionsplans durch
 - Beratung
 - Erstellen aussagekräftiger Texte für die Ratsmitglieder und andere Akteure
 - Weitere Unterstützungsmaßnahmen nach dem jeweiligen Bedarf der Verbandsgemeinde/ verbandsfreien Gemeinde.
- Bei der Entwicklung der Aktionspläne durch
 - Moderation und Dokumentation eines Strategieworkshops zur Auswahl der vor Ort relevanten Themen und zur Erstellung des Projektzeitplans

- Beratung der Projektkoordination vor Ort bei der Analyse der vorhandenen Aktivitäten und Netzwerkpartner
- Unterstützung und Beratung der Projektkoordination im Hinblick auf die Organisation und Durchführung eines Beteiligungsworkshops zur Erarbeitung der Ziele und konkreter Maßnahmen
- Moderation und Dokumentation des Workshops
- Inhaltliche Beratung der Projektkoordination bei der schriftlichen Ausarbeitung des Aktionsplans (Festlegung konkreter Ziele und Maßnahmen sowie deren Umsetzung einschließlich Zuständigkeit und Zeitfenster).

Die genannten Unterstützungsleistungen sind für die Verbandsgemeinden / verbandsfreien Gemeinden kostenlos.

3) Interesse?

An dem Projekt können landesweit insgesamt fünf Verbandsgemeinden / verbandsfreie Gemeinden, die gemeinsam mit mindestens drei Ortsgemeinden oder Ortsteilen einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufstellen möchten, teilnehmen.

Es gibt nur wenige Bedingungen, die die Verbandsgemeinden / verbandsfreien Gemeinden erfüllen müssen:

- Es liegt noch kein verabschiedeter Aktionsplan vor
- Die Erstellung des Aktionsplans wird von den jeweiligen Bürgermeistern/innen getragen
- Das Entgegenkommen /die Unterstützung des jeweiligen Kreises wird durch den Landrat/ die Landrätin zugesichert
- Mindestens drei Ortsgemeinden / Ortsteile beteiligen sich an der Erarbeitung eines kommunalen Aktionsplans
- Ein Ratsbeschluss zur Erstellung des Aktionsplans soll bis zum Ende des Jahres vorliegen.

Um für Sie die Arbeit zu erleichtern, haben wir ein ausfüllbares PDF-Dokument für Ihren Teilnahmeantrag vorbereitet. Wir stellen dabei zusätzlich einige wenige Fragen, damit wir die aktuelle Situation in Ihrer Kommune und den bestehenden Unterstützungsbedarf besser einschätzen können.

4) Zeitlicher Ablauf

Das Projekt „Unsere Kommune für alle, altersgerecht, barrierefrei und inklusiv – Kommunale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ ist wie folgt terminiert:

Phase 1: Auswahl der teilnehmenden Verbandsgemeinden / verbandsfreien Gemeinden

10. Okt 2017	Anmeldeschluss für die Teilnahme
Bis Ende Okt 2017	Bekanntgabe der fünf ausgewählten Verbandsgemeinden / verbandsfreien Gemeinden

Phase 2: Vorbereitungsphase

Ab Okt 2017	Verbandsgemeinden/ verbandsfreien Gemeinden treffen die formalen Vorbereitungen für die Erarbeitung des Aktionsplans (Ratsbeschluss etc.)
31. Dez 2017	Ratsbeschluss zur Erarbeitung des kommunalen Aktionsplans soll vorliegen

Phase 3: Entwicklung des kommunalen Aktionsplans

Jan / Feb 2018	Organisation und Durchführung eines Strategieworkshops zur Auswahl der vor Ort relevanten Themen und zur Erstellung des Projektzeitplans
Feb / Apr 2018	Analyse vorhandener Aktivitäten und Netzwerkpartner
Apr / Jun 2018	Organisation und Durchführung von Beteiligungsworkshops
Jun / Okt 2018	Erstellung des Aktionsplans

5) Ihre Bewerbung

Ansprechpartnerin für Ihre Bewerbung ist
 Eva Maria Keßler, *transfer* – Unternehmen für soziale Innovation
 Tel.: 06571 - 14 99 77 1; E-Mail: unsere-kommune@transfer-net.de

Bitte senden Sie

- 1) Ihren Teilnahmeantrag (ausgefülltes PDF-Dokument)
 gerne per Email an **unsere-kommune@transfer-net.de**
- 2) die schriftlichen Bestätigungen des Kreises und der beteiligten Ortsgemeinden / Ortsteile
 per Post an
 transfer – Unternehmen für soziale Innovation
 z.H. Eva-Maria Keßler
 Schlossplatz 5
 54516 Wittlich

Bewerbungsschluss ist der **10. Oktober 2017**